



Inhaltsverzeichnis

25.03.2026	noz.de (Neue Osnabrücker Zeitung): Vortrag zu Atommüll-Endlagersuche in unserer Region, am 16.04.26, 18:30 Uhr, im Dorftreff, Gehrde	3
26.03.2026	Borkener Zeitung: Atommüll in Ahaus angekommen: 151 weitere Behälter kommen noch	4
25.03.2026	freipresse.de: Freiberg atmet vorerst befreit auf: Wohl kein Atommüll-Endlager in der Stadt des Bergbaus	5
26.03.2026	Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide: Abkehr vom Atomausstieg: Extrem teuer und kein Endlager in Sicht	7
25.03.2026	BBV-Net (Bocholter-Borkener Volksblatt): Nach erstem Castor-Transport nach Ahaus	8
26.03.2026	Bocholter-Borkener Volksblatt: Umgang mit Atommüll	10
25.03.2026	deutsche-wirtschafts-nachrichten.de: Radioaktive Fracht auf der Autobahn: Start der größten Atommüll-Transportwelle durch NRW	11
26.03.2026	DIE WELT: Auftakt für zahlreiche Atommülltransporte	13
25.03.2026	Schwäbische Zeitung: Vergessene Atomkraftwerke: DDR-Kernbrennstoff lagert bis heute in Berlin	15
25.03.2026	tagesschau.de: Erster Castor mit Atommüll in Ahaus angekommen: Wie geht es weiter?	16

Wir von hier – das Lokalportal

Vortrag zu Atommüll-Endlagersuche in unserer Region, am 16.04.26, 18:30 Uhr, im Dorftreff, Gehrde

Der Nordkreis Osnabrück bleibt laut aktuellen Berichten von Ende 2025 weiterhin ein potenzieller Kandidat für ein Atommüll-Endlager in Deutschland. Nach Auswertungen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) gelten zwei Gebiete im Osnabrücker Land als "potenziell geeignet".

Die Suche nach einem Standort für hochradioaktive Abfälle konzentriert sich auf geologische Formationen, wobei der Nordkreis neben Regionen in Hannover und Braunschweig im Fokus steht.

Wie besorgt müssen wir in Gehrde und Umgebung sein, dass das Endlager in unserer Region gebaut wird?

Jochen Fiedler, Diplom Ingenieur und Vorstand der Bürgerinitiative ‚Bürger gegen 380kV e.V. - Energiewende mitgestalten‘, hat sich intensiv mit der geologischen Situation unserer Region beschäftigt und hinsichtlich der Kriterien für die Endlagersuche einige überaus überraschende Befunde herausgearbeitet, die er bei seinem Vortrag präsentieren wird.

Nähere Informationen erhalten Sie von Prof. Dr. Marga Pröhl, Vorsitzende des Ausschusses für Nachhaltigkeit und Kul-

tur, Gemeinde Gehrde. Email: marga.proehl@live.de, Tel. 0172 523 24 36
Vortrag von Jochen Fiedler, Diplom-Ingenieur, am 16.04.26, 18:30 Uhr Dorftreff Gehrda, Gemeinde Gehrde
16.04.2026, 18:30 Uhr bis 16.04.2026, 20:00 Uhr

Dieser Text wurde erstellt von:
Marga Pröhl
Gemeinde Gehrde

SchliessenFeedback geben

__MESSAGE__

Wörter:	182	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Wir von Hier NOZ https://www.noz.de/kontakt/autor/Wir-von-hier-45143399	Visits (VpD) ¹ :	291.537
Rubrik:	Wir von hier	Unique Users (UUpD) ² :	49.000
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.noz.de/lokales/wir-von-hier/nordkreis-os/artikel/atommuell-endlagersuche-vortrag-in-gehrde-am-160426-50352113>

¹ von PMG gewichtet 11-2025

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Atommüll in Ahaus angekommen: 151 weitere Behälter kommen noch

Großes Aufatmen bei den Beteiligten: Der erste von 152 Castorbehältern ist ohne Zwischenfälle in Ahaus angekommen. „Natürlich war ich froh über die Nachricht“, sagt Jörg Kriewel, Pressesprecher der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN). Sie ist dafür zuständig, die Castorbehälter mit den ausgebrannten Brennelementen des Jülicher Versuchsreaktors aus dem dortigen Zwischenlager zu räumen. 151 Castorbehälter stehen dort noch, die binnen zwei Jahren nach Ahaus transportiert werden sollen. So lang gilt zumindest die Transportgenehmigung. Wann der nächste Trans-

port rollt, mag er nicht abschätzen. Darüber entscheide unter anderem auch die Polizei je nach deren weiteren Einsatzgeschehen. Aktuell kenne er keinen Termin. Doch selbst wenn, dürfe er den nicht nennen. In Ahaus beginnt parallel die Abfertigung des angelieferten Castorbehälters. Die Transport-sicherung und Umverpackung des Castorbehälters muss entfernt, der Zustand überprüft und die Überwachungsanlage angeschlossen werden. Zwei bis drei Tage könne das dauern. Auch Dr. David Knollmann, Pressesprecher der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung spricht

von einem bisher reibungslosen Ablauf. Auch er kann keine weiteren Ankunfts-terme für zukünftige Transporte nennen. „Wir werden über die weitere Einlagerung berichten“, hält er noch fest. Sogar Hartmut Liebermann von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ kann der Nacht – bei aller generellen Wut über die Transporte – etwas Positives abgewinnen: Die Resonanz auf Demo, Kundgebung und Mahnwache sei durchaus positiv gewesen, bilanziert er. Rape

Wörter: 214
Ressort: Kreis Borken
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Nummer: 72
Ausgabe: Einzelausgabe
Auflage¹: 9.929 (gedruckt)
13.541 (verkauft)
13.810 (verbreitet)
Reichweite²: 0,03304 (in Mio)

Urheberinformation: (c) Funkinform GmbH
¹IVW 4/2025
²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Welt

Freiberg atmet vorerst befreit auf: Wohl kein Atommüll-Endlager in der Stadt des Bergbaus

Freiberg.

Der Traum, Atommüll in harmlose Substanzen zu verwandeln, bleibt für Geologie-Professor Jonas Kley eine Utopie – die Suche nach einem Endlager geht weiter. Im nächsten Jahr schlägt die Bundesgesellschaft die zehn geeignetsten Regionen vor.

Auf den Mond schießen? Zu gefährlich! Auf den Meeresgrund versenken? Wegen unterseeischer Beben nicht sicher! In andere Länder abschieben? „Keine gute Idee, weil es sonst wieder bei den Ärmsten der Welt landet“, sagt Geologie-Professor Jonas Kley. In ungefährliche Stoffe umwandeln und wiederverwenden? Bisher utopisch! Zwar habe er vor einem Jahr einen Zeitungsartikel unter dem Titel „Forscher finden mögliche Lösung für das Atommüll-Problem“ gelesen. Doch als er sich mit der Studie für den Bau einer sogenannten Transmutationsanlage befasste, die dem Artikel zugrunde lag, sei er auf so viele Wenn und Aber gestoßen, dass er sich veralbert vorkam. „Es gibt keine schnellen Antworten“, sagt der Göttinger Geologe, der an der Bergakademie Freiberg jetzt den Vortrag „Endlagerung atomarer Abfälle: die geologische Sicht“ hielt.

Transmutationsanlagen für Atommüll: Lösung oder Illusion?

Auch eine Transmutationsanlage – und wer wolle die schon bei sich haben, so Kley – „wäre Hunderte Jahre beschäftigt“, um Deutschlands vorhandenen hochradioaktiven Atommüll umzuwandeln. Derzeit sind es 27.000 Kubikmeter – ein Würfel von 30 Metern Seitenlänge, dessen strahlende Fracht en gros aus Kernkraft-Brennstäben besteht. Immerhin: „Dann würden sie nur noch 3000 Jahre strahlen“, räumt Kley ein. Statt der sonst berechneten einer

Million Jahre, die es dauert, bis wieder ein Strahlungslevel auch in der Natur vorhandenen Uranerzes erreicht wäre. Jonas Kley nahm eine seiner Schlussfolgerungen somit vorweg: Ja, es braucht ein Atommüll-Endlager – irgendwo in Deutschland.

Der Göttinger Geologie-Professor Jonas Kley machte in seinem Vortrag klar, warum an einem Endlager für deutschen Atommüll kein Weg vorbeiführt, warum es aber nicht nach Freiberg kommt. Foto: Jens Eumann

Der Göttinger Geologie-Professor Jonas Kley machte in seinem Vortrag klar, warum an einem Endlager für deutschen Atommüll kein Weg vorbeiführt, warum es aber nicht nach Freiberg kommt. Foto: Jens Eumann

Nur wo? Mit seinem Schluss zu dieser Frage erntete Kley aus dem fast durchweg akademischen Freiburger Publikum die Anspannung lösende Lacher: „Freiberg ist schon mal ausgeschlossen, früherer Bergbau und viele Bohrungen“, kommentierte der Geologe. Anhand der gesetzlichen Ausschlusskriterien seien alle „früheren Bergbauregionen wahrscheinlich fein raus“. Auch ins Erzgebirge komme das Endlager „ziemlich sicher nicht“, mutmaßte Kley. „Ich würde mich wundern, wenn Deutschland überhaupt ins Kristallin gehen

würde. Weil es bessere Alternativen gibt.“

Endgültiger Endlager-Entscheid liegt beim Bundestag

Derzeit hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) deutschlandweit noch 90 sogenannte Teilgebiete im Fokus. 60 davon sind Salzstöcke, 14 weitere liegen in flachen Salzvorkommen, neun in Tongestein und nur sieben in sogenanntem Kristallin wie Granit oder Gneis. Aktuell schrumpft die Zahl der Gebiete drastisch, bis nur noch die laut BGE „besten Standortregionen“ für „übertägige Erkundung“ übrigbleiben. Das soll Ende nächsten Jahres der Fall sein. 2027 unterbreitet die BGE ihren Vorschlag für rund zehn Standortregionen ans Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung. Dieses prüft und beteiligt die Öffentlichkeit. Die verbindliche Entscheidung, welche Regionen tatsächlich in die engste Wahl kommen, trifft der Bundestag.

Wasser stellt in Atommüll-Endlagern ein Problem dar. Im Schacht Konrad in Salzgitter, Deutschlands einzigem bisher genehmigten Endlager (für schwach und mittelradioaktiven Müll), werden vereinzelt solcher Tropfsteingebilde im Tongestein genau beobachtet. Foto: Jens Eumann

Wasser stellt in Atommüll-Endlagern ein Problem dar. Im Schacht Konrad in Salzgitter, Deutschlands einzigem bisher genehmigten Endlager (für schwach und mittelradioaktiven Müll), werden vereinzelt solcher Tropfsteingebilde im Tongestein genau beobachtet. Foto: Jens Eumann

gem bisher genehmigten Endlager (für schwach und mittelradioaktiven Müll), werden vereinzelt solcher Tropfsteingebilde im Tongestein genau beobachtet. Foto: Jens Eumann

Nachdem Deutschland mit dem Salzstock Gorleben über Jahrzehnte allein auf Steinsalz gesetzt hatte, wurden mit einem Neustart der Endlagersuche im Jahr 2016 die Karten völlig neu gemischt. In seinem Freiburger Vortrag erwähnte Geologe Kley noch mal die Besonderheiten der drei von der BGE aktuell ins Auge gefassten Gesteinsarten. Das Problem bei Granit oder Gneis ist deren Zerklüftung, jene Ritzen, durch die Flüssigkeiten dringen können, auch wenn der Gesteinskörper in sich stabil

ist. Bei Radionuklide und Wasser gut abschirmendem Ton kommt als Nachteil dessen Temperaturempfindlichkeit zum Tragen.

Schmelzwasserrinnen in tiefen Gesteinsschichten

Als Vorteil für einen Endlagerstandort gilt bei Salzgestein, dass es sich auch unter 100 Grad wie eine sehr zähe Flüssigkeit verhält. Es kriecht und kann so Ritzen und Lücken schließen. Außerdem schirmt es Strahlung ab. Das Problem, laut Jonas zwar nicht aller, aber sogenannter Kali- und Magnesiumsalze ist deren Wasserlöslichkeit. „Man kennt es. Wenn man eine Handvoll Salz ins Spaghettiwasser wirft, wallt es einmal auf und ist weg“, sagt Kley. Aus

dem abgeseffenen Testbergwerk Asse im Kreis Wolfenbüttel muss der dort seit Jahrzehnten eingelagerte schwach strahlende Atommüll aufwendig wieder zurückgeholt werden. Die Asse sei aber ein schlechtes Beispiel, findet Kley. Sie hätte nie als Standort infrage kommen dürfen. In besonders tiefen Regionen dagegen, die über viele Millionen Jahre keinen Wasserzutritt gesehen haben, gebe es dieses Problem gar nicht. Eines könnte dennoch entstehen: Wenn durch jene unter eiszeitlichen Gletschern entstandenen Schmelzwasserrinnen einst wieder Wasser flösse. Denn diese reichten auch bis unter 500 Meter Tiefe. (eu)

Wörter:	883	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Jens Eumann https://www.freiepresse.de/verlag/redakteure/jens-eumann-redakteur-eu	Visits (VpD) ¹ :	332.636
Medienkanal:	ONLINE	Unique Users (UUpD) ² :	247.000
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		
Weblink:	https://www.freiepresse.de/nachrichten/welt/freiberg-atmet-vorerst-befreit-auf-wohl-kein-atommuell-endlager-in-der-stadt-des-bergbaus-artikel14188817		
	¹ von PMG gewichtet 11-2025		
	² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+		

Abkehr vom Atomausstieg: Extrem teuer und kein Endlager in Sicht

Mit der Abkehr vom Atomausstieg trifft die EU bei dieser AZ-Leserin auf Widerstand. In ihrem Leserbrief wird Vera Romanus deutlich:

Die EU setzt wieder auf Atomkraft. Und damit auf eine extrem teure Energie.

Ein sicheres Atommüll-Endlager? Fehl-anzeige. Von den 60er Jahren bis 2023 wurde in Deutschland Atommüll in erheblichen Mengen produziert. Bis jetzt ist das Lagerungsproblem nicht gelöst. Auch das Datum für die Standortfindung 2031 wird laut Experten gerissen. Siehe dazu die BGE „Geschichte der Endlagerung“. Und warum? Weil der Müll furchtbar gefährlich ist und kei-

ner ihn haben will. Ursula von der Leyen, Tochter von Ernst Albrecht, der uns 1977 Gorleben bescherte, ist Kommissionspräsidentin. Noch Fragen? Die Neuproduktion von Atommüll in größeren Mengen ist verantwortungslos und kostet den Bürger Milliarden. VERA ROMANUS Uelzen

Wörter:	122	Ausgabe:	Einzelausgabe
Seite:	2	Auflage ¹ :	9.513 (gedruckt)
Ressort:	Uelzen - Meinung		12.302 (verkauft)
Medienkanal:	PRINT		12.751 (verbreitet)
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite ² :	0,02291 (in Mio)
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. (c) Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Nach erstem Castor-Transport nach Ahaus

151 weitere Behälter kommen noch

Absender und Empfänger des Atommülls sind mit dem ersten Castortransport zufrieden. Sogar die Demonstranten gewinnen dem ersten Transport aus Jülich nach Ahaus etwas Positives ab.

Darum geht's:

- Der erste Castorbehälter erreichte Ahaus ohne Zwischenfälle.
- 151 weitere Behälter sollen innerhalb von zwei Jahren transportiert werden. Polizei und Beteiligte nennen aber keine nächsten Termine.
- Demonstrationen begleiteten den Transport. Initiativen hoffen, dass der Widerstand wächst.

Großes Aufatmen bei den Beteiligten: Der erste von 152 Castorbehältern ist ohne Zwischenfälle in Ahaus angekommen.

Lesen Sie jetzt

„Natürlich war ich froh über die Nachricht“, sagt Jörg Kriewel, Pressesprecher der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN). Sie ist dafür zuständig, die Castorbehälter mit den ausgebrannten Brennelementen des Jülicher Versuchsreaktors aus dem dortigen Zwischenlager zu räumen.

151 Castorbehälter stehen dort noch, die binnen zwei Jahren nach Ahaus transportiert werden sollen. So lang gilt zumindest die Transportgenehmigung. Wann der nächste Transport rollt, mag er nicht abschätzen. Darüber entscheidet ja unter anderem auch die Polizei je nach deren weiteren Einsatzgeschehen. Aktuell kenne er keinen Termin. Doch selbst wenn, dürfe er den nicht nennen.

In Ahaus beginnt parallel die Abfertigung des angelieferten Castorbehälters. Die Transportsicherung und Umverpackung des Castorbehälters muss entfernt, der Zustand überprüft und die Überwachungsanlage angeschlossen werden. Zwei bis drei Tage könne das dauern. Auch Dr. David Knollmann, Pressesprecher der BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung spricht am Mittwoch von einem bisher reibungslosen Ablauf. Auch er kann allerdings keine weiteren Ankunftsstermine für zukünftige Transporte nennen. „Wir werden über die weitere Einlagerung berichten“, hält er noch fest.

„Teilnahme an Demo war ok“

Sogar Hartmut Liebermann von der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ kann der Nacht – bei aller generellen Wut über die Transporte – etwas Positives abgewinnen: Die Resonanz auf Demonstration, Kundgebung und Mahnwache sei durchaus positiv gewesen.

Die Polizei Münster spricht in ihrer abschließenden Meldung von insgesamt 380 Teilnehmern, die in Ahaus gegen die Atommülltransporte demonstriert hätten. „Das war ok“, sagt er. Auch er nennt die Zahl der eingesetzten Kräfte bemerkenswert. Genauso übrigens wie einige Bedingungen der Polizei: „Das war schon Schikane“, sagt er beispielsweise zur kompletten Sperrung der Schöppinger Straße. Teilnehmer der Mahnwache hätten Umwege zu Fuß nehmen müssen. Ein Umstand, bei dem die Polizei aber nicht mit sich reden gelassen hatte.

Einsatzstärken, die Zusammensetzung der Kräfte oder Taktiken hatte Jan Schabacker von der Polizei Münster in der Nacht vor Ort nicht näher kommentiert. Auch lasse der gerade abgelaufene Einsatz keine Rückschlüsse auf die zukünftige Aufstellung zu. Das werde jeweils im Einzelfall entschieden.

Überschaubarer Widerstand

Das Interesse an dem nächtlichen Transport blieb aus polizeilicher Sicht überschaubar: Rund 100 Demonstranten waren zu Beginn zu der Mahnwache gekommen. Als der Konvoi schließlich kurz nach 2 Uhr durch das Tor des Lagers rollte, hatten sich ihre Reihen deutlich gelichtet.

Unter den zumeist älteren Demonstranten stand da auch eine Gruppe Jugendlicher aus Wessum, Ammeln und Sabstätte. Allerdings nicht aus Protest gegen die Atommülllagerung. Der würden sie neutral gegenüberstehen. „Wir sind einfach neugierig“, erklärte einer von ihnen. Wenn schon ein so großer Aufwand getrieben werde, wollten sie sich das nicht entgehen lassen. Keine Sorgen würden sie sich indes darüber machen, dass Lagerung oder Transporte nicht sicher seien. Namentlich nennen lassen wollten sie sich trotzdem nicht.

Am Morgen nach dem Transport liegt die Lagerhalle in Ammeln so still und unscheinbar da, wie immer. 151 Castorbehälter sollen noch nach Ahaus gebracht werden.

Wörter:	550	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Stephan Rape https://www.bbv-net.de/autor/stephan-rape/	Visits (VpD) ¹ :	38.576
Rubrik:	Ahaus	Unique Users (UUpD) ² :	16.000
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.bbv-net.de/ahaus/atommuell-transport-juelich-erster-castor-reibungslos-in-ahaus-angekommen-w1172022-6000520821/>

¹ von PMG gewichtet 04-2024

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Castor rollt, aber das Problem bleibt

Umgang mit Atommüll

Mit 2400 Polizisten, Hubschraubern, Spezialfahrzeugen und Straßensperrungen ist der erste von bis zu 152 Transporte von Jülich nach Ahaus gelangt. Auch wenn das Konzept aufging, muss die Politik in einer Sache mehr als nur nachsteuern.

Maximilian Plück

SPD und Grüne in NRW zerstreiten sich gerade darüber, wer auf welcher politischen Ebene nun Schuld daran trägt, dass für sehr viel Steuergeld Castor-Transporte quer durch die Republik gefahren werden müssen – abgeschirmt mit einem massiven Polizeiaufgebot. Gebracht werden sie in ein Zwischenlager, dessen Betriebserlaubnis schon in zehn Jahren erlischt. Für den Fall, dass der Betreiber die dann geltenden Auflagen der Aufsichtsbe-

hörden nicht einhält, droht eine weitere Fahrt quer durchs Land. Denn das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (Base) hat schon bewiesen, dass es bei fehlender Eignung einen Standort nicht genehmigt – nämlich Jülich. Die Frage ist aber trotzdem, warum man nicht statt der aufwendigen und teuren Logistik den Bau eines Zwischenlagers am Standort Jülich ernsthaft vorangetrieben hat.

Die einfache Wahrheit ist: In dem langjährigen Streit um den Atommüll von Jülich hat sich keine einzige demokratische Partei mit Ruhm bekleckert. Kurz vor dem jüngsten Transport war es ein Vertreter der Genehmigungsbehörde Base, der auf die zugegebenermaßen recht theoretisch anmutende Frage nach der Dachstärke des Zwischen-

lagers in Ahaus im Falle eines Angriffs erklärte, bei einem Raketenbeschuss sei es völlig gleich, ob die Dachstärke 20 oder 140 Zentimeter betrage. Am Ende sei das Sicherheitsproblem nur bei einer ordentlichen Endlagerung gelöst.

Und genau das muss der Arbeitsauftrag sein: Während man in Bayern schon wieder über ein Revival der Atomenergie – wenn auch in kleinerem Stil – debattiert, muss die Republik das verantwortungslose Schleifenlassen bei der Endlagersuche endlich aufgeben und sich stattdessen ehrlich und intensiv dem unpopulären Thema zuwenden. Sich von Zwischenlösung zu Zwischenlösung – oder genauer: von Zwischenlager zu Zwischenlager zu hangeln, macht die Sache nur unnötig teurer.

Wörter:	304	Ausgabe:	Einzelausgabe
Seite:	2	Auflage ¹ :	13.503 (gedruckt)
Ressort:	Stimme des Westens		20.173 (verkauft)
Medienkanal:	PRINT		20.270 (verbreitet)
Mediengattung:	Tageszeitung	Reichweite ² :	0,06409 (in Mio)
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: (c) BBV

¹IVW 4/2025

²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Radioaktive Fracht auf der Autobahn: Start der größten Atommüll-Transportwelle durch NRW

In Nordrhein-Westfalen hat eine logistische Operation der Superlative begonnen, die das Land über Monate in Atem halten wird: Über 150 Behälter mit hochradioaktivem Atommüll werden ab sofort per LKW vom Westen des Landes quer durch das Ruhrgebiet bis nach Westfalen transportiert. Der erste Konvoi der jahrelang umstrittenen Castor-Serie ist bereits erfolgreich an seinem Ziel angekommen – ein Auftakt, der nicht nur massive Sicherheitsvorkehrungen erforderte, sondern auch das öffentliche Interesse weit über die betroffenen Regionen hinaus weckt.

Massive Polizeipräsenz und geheime Route über die A42 und A31

Die Dimensionen des ersten Transports verdeutlichen den Ernst der Lage: Bei dem Großeinsatz waren etwa 2.400 Polizeibeamte eingebunden. Dem Konvoi gehörten neben dem Schwerlasttransporter mit dem ersten Castor-Behälter rund 100 Fahrzeuge der Polizei an, unterstützt durch einen Hubschrauber aus der Luft. Ein Großteil der Beamten wurde zur Absicherung direkt am Start- und Zielpunkt postiert.

Um Proteste und Blockaden zu erschweren, hielten die Behörden die genaue Route auf der etwa 170 Kilometer langen Strecke bis zuletzt geheim. Laut Beobachtungen rollte der Schwerlasttransport über die A44, die A57 und quer durch das Revier über die A42. Über das Autobahnkreuz der A2/A3 gelangte die Fracht schließlich auf die A31 Richtung Norden. Trotz der logistischen Komplexität blieb der Transport laut einem Polizeisprecher „voll im Zeitplan“ und erreichte sein Ziel sogar schneller als ursprünglich kalkuliert.

Mehrere Anti-Atom-Demos

Mehrere Anti-Atomkraft-Initiativen protestierten ab dem Dienstagabend gegen die geplanten Castor-Transporte durch NRW. In Jülich fand eine Mahnwache vor dem Forschungszentrum statt. Nach Angaben eines dpa-Reporters waren etwa 20 Teilnehmer vor Ort. «Es wären sicherlich mehr Leute

gekommen, aber viele kommen wegen der Polizeisperren nicht durch», sagte Marita Boslar, Sprecherin des Aktionsbündnisses «Stop Westcastor».

In Ahaus startete zeitgleich eine Demonstration vom Bahnhof zum Rathaus. Dort fand eine Kundgebung statt. Jens Dütting vom Aktionsbündnis Münsterland sprach von etwa 250 Teilnehmern. Zudem riefen Atomkraftgegner der Bürgerinitiative Ahaus zu einer Mahnwache vor dem Zwischenlager auf.

In Duisburg versammelten sich am Abend an einer Auffahrt zur A42 Dutzende Menschen, wie ein dpa-Reporter berichtet. Zu der Aktion hatte die Umweltorganisation BUND aufgerufen. Verzögert wurde der Transport durch die Mahnwachen aber nicht.

Transporte ziehen sich über langen Zeitraum

Auf der gut 170 Kilometer langen Strecke sollen insgesamt rund 300.000 Brennelemente-Kugeln aus dem früheren Versuchsreaktor Jülich transportiert werden. Das Verlagern des Atommülls in NRW wird sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. Mit 152 Castor-Behältern handelt es sich um einen der größten Atommüll-Transporte auf der Straße seit Jahrzehnten.

Gerichtsentscheidung und Infoveranstaltung

Dem nun angelaufenen Transport waren mehrere Gerichtsentscheidungen und eine Infoveranstaltung für die Bürger in Ahaus vorausgegangen. Anfang März entschied das Obergericht Berlin-Brandenburg in einer Eilentscheidung, dass die Transporte stattfinden dürfen.

Die Umweltorganisation BUND hatte den Transport auf dem Gerichtsweg verhindern wollen. Die Begründung: Die Sicherheit der Castoren sei bei der Fahrt über die Straßen in Nordrhein-Westfalen gegen Störmaßnahmen Dritter nicht gewährleistet.

Nur wenige Transportfahrzeuge

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hatte die umstrittenen Atommülltransporte durch NRW am 25. August genehmigt. Nach früheren Angaben des Bundesamtes wurden 152 Einzeltransporte beantragt, die aber gebündelt werden könnten. Es gibt demnach vier geeignete Transportfahrzeuge, die je einen Behälter auf einmal transportieren könnten.

Jahrelanges Tauziehen um Jülicher Atommüll

Für die Lagerung in Jülich lief die letzte Betriebsgenehmigung bereits im Jahr 2013 aus. Das NRW-Wirtschaftsministerium hatte 2014 angeordnet, das Lager in Jülich zu räumen, weil die Erdbbensicherheit nicht nachgewiesen werden

konnte. Jahrelang wurden mehrere Optionen geprüft.

Aus Sicht des Landes wäre ein Neubau in Jülich die beste Lösung gewesen. Das sei von der Bundesebene nicht unterstützt worden, hatte NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) erklärt. Anwohner und Aktivisten stemmen sich seit langem gegen Atomtransporte nach Ahaus.

Deutschland hat kein Endlager für Atommüll

Kritik kam auch aus Reihen der Polizei. Als «sinnlose Mammutaufgabe» hatte der NRW-Chef der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Patrick Schlüter, im August 2025 die Transporte mit Begleitschutz kritisiert. Die Politik drücke sich um die Endlagerfrage und lasse Atommüll von

einem Zwischenlager ins nächste fahren.

Es gibt in Deutschland derzeit noch keine Endlager, in denen auf Hunderttausende Jahre hinweg strahlender Atommüll sicher gelagert werden soll. Stattdessen gibt es sechzehn Zwischenlager, darunter das in Ahaus.

Wörter:	635	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Deutsche Wirtschaftsnachrichten	Visits (VpD) ¹ :	320.000
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/719703/radioaktive-fracht-auf-der-autobahn-start-der-groessen-atommuell-transportwelle-durch-nrw>

Auftakt für zahlreiche Atommülltransporte

Stark gesichert führen die Castoren quer durch NRW. Der politisch sensible Transport kam nachts an

Die brisante Fracht war die halbe Nacht unterwegs, ehe sie am Mittwochmorgen um kurz nach 2 Uhr in Ahaus eintraf. Der Schwerlasttransport mit Atommüll aus einem früheren Forschungsreaktor in Jülich bewältigte eine etwa 170 Kilometer lange Strecke über mehrere Autobahnen in Nordrhein-Westfalen, begleitet von etwa hundert Polizeiwagen und unterstützt von etwa 2500 Beamten. Dafür wurden einzelne Abschnitte gesperrt.

Am Dienstagabend war der Transport gegen 22.13 Uhr in Jülich gestartet. Mehrere Anti-Atom-Initiativen hatten zu Kundgebungen und Demonstrationen aufgerufen, doch die Fahrt verlief nach Polizeiangaben reibungslos. Man sei „voll im Zeitplan“ gewesen. Bundesweit gibt es regelmäßig Transporte von radioaktivem Abfall in der Bundesrepublik, die keinerlei Schlagzeilen provozieren. Allein in Nordrhein-Westfalen waren es 2024 insgesamt 650 Fahrten.

Doch diese Fahrt von Jülich nach Ahaus ist politisch brisant, weil sie den Auftakt für zahlreiche weitere solcher Transporte in den kommenden Monaten bedeutet. Die schwarz-grüne Landesregierung von Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und seiner Stellvertreterin Mona Neubaur (Grüne) hat 2022 im Koalitionsvertrag bekräftigt, dass es künftig weniger Atomtransporte geben soll. Doch die Frachtlieferungen von Jülich nach Ahaus konnten sie nicht verhindern. Das ist vor allem für die Grünen schwierig.

Es geht um fast 300.000 verbrauchte Brennelemente-Kugeln, etwa so groß wie Tennisbälle, aus dem ehemaligen Forschungsreaktor in Jülich, die in insgesamt 152 sogenannten Castor-Behältern aufbewahrt werden. Die Abkür-

zung Castor steht für den englischen Begriff „Cask for Storage and Transport of Radioactive Material“. Das sind etwa 130 Tonnen schwere Spezialbehälter für Zwischenlagerung und Transport von hoch radioaktiven Abfällen. Eine bis zu 40 Zentimeter dicke Stahl-Kunststoff-Mantelung schützt vor Strahlung und extremen Einwirkungen wie Unfällen oder Feuer.

Eine weitere Lagerung in Jülich ist längst nicht mehr erlaubt, weil die Genehmigung dafür nur bis 2013 befristet gewesen war. „Oberste Priorität ist es, einen genehmigten Zustand für die Aufbewahrung der Jülicher Kernbrennstoffe herzustellen“, heißt es beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, kurz Base. Es hätte die Möglichkeit gegeben, ein neues Zwischenlager in Jülich zu errichten, wofür sich Schwarz-Grün in NRW ausgesprochen hatte, weil es die risikoärmere Variante sei. Allerdings konnten sich Bund und Land nicht bei der Finanzierung einigen.

Im Kostenvergleich seien die Transporte letztlich günstiger, hieß es. „Die Landesregierung hat sich auf allen Ebenen dafür eingesetzt, den genehmigungsfreien Zustand des Lagers in Jülich zu beenden. Das Land hätte auch Flächen bereitgestellt“, betonte Grünen-Landtagsabgeordnete Norika Creuzmann. Anstatt den Neubau zu unterstützen, habe die Bundesregierung „die Weichen für die nun beginnenden Transporte nach Ahaus gestellt“. Das Zwischenlager in Ahaus ist noch bis 2036 genehmigt, und die Betreibergesellschaft will eine Verlängerung beantragen. Ahaus würde damit ein langfristiger Standort bleiben, solange kein Endlager auf deutschem Boden gefunden

ist. Kritiker sprechen von einem „Endlos-Zwischenlager“.

Eine Erlaubnis, die Jülicher Brennelemente-Kugeln in Ahaus einzulagern, besteht seit 2016. Doch die Stadt Ahaus und ein Anwohner klagten dagegen. Ende 2024 entstand eine neue Dynamik, als das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen die Klagen letztinstanzlich abwies und die Genehmigung für rechtens erklärte. Im August 2025 erteilte das Base dann der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen (JEN) eine Beförderungsgenehmigung für die Kugeln, die bis August 2027 gültig ist. Zuletzt hatte der BUND vergeblich versucht, mit einem Eilantrag die Transporte zu verhindern, weil aus dessen Sicht Sicherheitsfragen „ungeklärt“ seien. Das Verwaltungsgericht Berlin hatte den Eilantrag abgewiesen und war in nächster Instanz durch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg bestätigt worden.

„WENN ES NACH MIR GINGE, KÖNNTE ICH AUF DIE ANSTEHENDEN CASTOR-TRANSPORTE GERNE VERZICHTEN. ABER DIE ARBEIT DER POLIZEI IST KEIN WUNSCHKONZERT“ **HERBERT REUL, NRW-Innenminister**

Die Vorbereitungen liefen seit Monaten, zumal mehrere tausend Polizisten bei jeder Fahrt im Einsatz sind. Die Route muss freigehalten werden, wenn der Castor-Lkw mit einer Armada von Polizei-Mannschaftswagen die Tore in Jülich verlässt. Es besteht die Sorge vor Störungen und Sabotageakten. Der genaue Weg wird zwar geheim gehalten, doch vor einigen Tagen gab es vielsagende Hinweise. Für wenige Stunden war auf einer Homepage zum Droh-

nenflugverkehr des Bundesverkehrsministeriums zu sehen, dass wegen eines polizeilichen Einsatzes vom 20. bis 27. März ein Drohnenflugverbot entlang der Autobahnen zwischen Jülich und Ahaus gilt. Aus einem weiteren Hinweis geht zudem hervor, dass für die nächsten Monate ein „Flugbeschränkungsgebiet“ in einem Radius von etwa 1,5 Kilometern über dem Zwischenlager in Ahaus eingerichtet wurde.

„Wenn es nach mir ginge, könnte ich auf die anstehenden Castor-Transporte gerne verzichten. Aber die Arbeit

der Polizei ist kein Wunschkonzert. Wir können uns die Einsätze nicht aussuchen“, sagte NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) gegenüber WELT. Die Aufgabe der Polizei sei es, „dafür zu sorgen, dass der Transport sicher vonstattengeht. Nicht mehr und nicht weniger.“ Reul bezeichnet den Schutz von Castor-Transporten als große Herausforderung. Doch die Polizei in NRW habe „notwendige Erfahrung und das Potenzial, um solche Einsätze effizient und sicher durchzuführen – auch mit Demonstrationen, die ebenfalls von uns

geschützt werden“. Noch ist unklar, ob es 152 einzelne Transporte geben wird.

Die Grünen fordern vom Bund ein schlüssiges und belastbares Gesamtkonzept für die Zwischen- und Endlagerung von Atommüll. Sie zweifeln allerdings an der Ernsthaftigkeit der Bemühungen, weil der bisherige Zeitplan, bis 2031 ein Endlager zu finden, gestrichen werden soll. Die Grünen befürchten, dass sich die Suche bis in die 2070er-Jahre ziehen könnte.

Wörter:	855	Jahrgang:	2026
Autor/-in:	KRISTIAN FRIGELJ	Nummer:	60
Seite:	2 bis 3	Ausgabe:	Hauptausgabe
Rubrik:	AUF EINEN BLICK	Auflage ¹ :	70.802 (gedruckt) 89.581 (verkauft) 120.896 (verbreitet)
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT	Reichweite ² :	0,89835 (in Mio)

¹ IVW 4/2025

² AGMA ma 2025 Tageszeitungen

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Schwäbische Zeitung

Vergessene Atomkraftwerke: DDR-Kernbrennstoff lagert bis heute in Berlin

25. März 2026 13:42 | Medienart: Online | Visits/Monat: 14.000.000

[Originalartikel](#) (Online Website)

Berlin/Lubmin • Lesedauer: 2 min Relikt aus alten DDR-Zeiten: Das Atomkraftwerk Lubmin im nordöstlichen Zipfel Mecklenburg-Vorpommerns befindet sich seit Jahrzehnten im Rückbau

Die DDR ist Geschichte – doch in Berlin lagert noch immer strahlender Kernbrennstoff aus längst vergangenen Zeiten. Für wann ein Abtransport angestrebt wird. Artikel teilen:

Die DDR ist seit über 35 Jahren Geschichte, auch das ehemalige Kernkraftwerk der DDR in Lubmin nahe der Grenze zu Polen befindet sich seit Jahren im Rückbau. Und obwohl DDR und Kernkraftwerk nicht mehr existieren beziehungsweise funktionieren, gibt es immer noch Relikte aus einer vermeintlich längst vergangenen Zeit.

Kernbrennstoffe von internationaler Behörde kontrolliert

Konkretes und aktuelles Beispiel: Noch heute lagert Kernbrennstoff aus der DDR-Zeit in einem Bunker auf dem ehemaligen Gelände des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR in Berlin-Karlshorst.

Laut Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion will das zuständige Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) einen Abtransport „bis Ende des Jahres anstreben“. Allerdings sei die „Optionenprüfung“ durch das BASE, das für die staatliche Verwahrung von Kernbrennstoffen zuständig sei, noch nicht abgeschlossen, heißt es in der Antwort weiter.

Die strahlende Plutonium-Beryllium-Neutronenquelle, die ursprünglich zur Kalibrierung von Messgeräten eingesetzt worden sei, werde kontinuierlich messtechnisch überwacht. Die Regierung versichert, dass die Kernbrennstoffe zuletzt im November 2024 durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) kontrolliert worden seien.

DDR wollte 20 Kernkraftwerke bauen

Der Neutronenstrahler hat die Form eines Zylinders, der in die hohle Hand passen würde: sechs Zentimeter dick, knapp zehn Zentimeter hoch. Um den Zylinder gemäß Atomgesetz sicher zu verwahren, wurde auf dem Gelände in Karlshorst nach der Wende ein Bunker errichtet.

Ursprünglich hatte die DDR geplant, rund 20 Atomkraftwerke zu erreichen - am Ende wurden es in Lubmin und Rheinsberg nur zwei. In Arneburg bei Stendal sollte das größte Atomkraftwerk der DDR entstehen: vier Reaktoren mit jeweils 1.000 Megawatt Leistung. Doch Stendal ging nie ans Netz, die Wende kam dazwischen.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 tagesschau.de

Erster Castor mit Atommüll in Ahaus angekommen: Wie geht es weiter?

25. März 2026 10:08 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Vergangene Nacht hat einer der größten Atommüll-Transporte in der Geschichte von NRW begonnen. Der erste 152 Castor-Behälter wurde vom ehemaligen Forschungsreaktor Jülich ins Zwischenlager Ahaus gebracht. Wie geht es jetzt weiter?

Am Tag nach dem ersten Atommüll-Transport ist es ruhig in Ahaus im Münsterland. "Der Verkehr rollt, die Straßen sind wieder frei. Die Menschen fahren zur Arbeit. Von den Protesten sind nur noch die Plakate am Straßenrand zu sehen", sagte ein WDR-Reporter am frühen Morgen.

In der Nacht gegen zwei Uhr war der Castor im Zwischenlager angekommen – der erste Transport seit 15 Jahren. In den Behältern lagern rund 300.000 Brennelement-Kugeln aus dem früheren Versuchsreaktor Jülich. Der Castor-Behälter kam nach etwa vier Stunden gegen zwei Uhr nachts in Ahaus im Münsterland an, dort protestierten nach Polizeiangaben rund 380 Menschen. Bei der Abfahrt in Jülich sollen es knapp 30 gewesen sein. In Duisburg sollen 15 Menschen an einer Versammlung teilgenommen haben.

Die Fahrt wurde mit 2.400 Einsatzkräften abgesichert. Der Konvoi legte die etwa 170 Kilometer lange Strecke nach Ahaus größtenteils auf der Autobahn zurück, er rollte über die A31, 42 und 46 und bestand aus etwa hundert Fahrzeugen. Die Polizei sagt, dass es unterwegs keine Störaktionen von Atomkraft-Gegnern gegeben habe. Die Autobahnen waren für den Transport gesperrt - inzwischen sind sie wie die betroffenen Straßen in Ahaus wieder frei.

Wann findet der nächste

Castor-Transport

nach Ahaus statt?

Nach dem ersten Transport sollen in den nächsten Monaten auch die verbleibenden 151 Castor-Behälter von Jülich nach Ahaus gebracht werden. Das sagte die bundeseigene BGZ Gesellschaft für Zwischenlagerung. Sie ist für das Zwischenlager Ahaus zuständig. Wann genau der nächste Atommüll-Transport folgt, wurde noch nicht gesagt.

Fest steht indes: In den nächsten anderthalb Jahren, bis August 2027, sollen alle Behälter nach Ahaus gebracht werden. Bis dahin gilt die Genehmigung für den Transport der Castor-Behälter. "Die Transporte sind für uns ein Marathon", sagte Polizeipräsidentin Alexandra Dorndorf.

Maximal drei Castoren können auf einmal transportiert werden – das macht etwa 50 Transporte, im Schnitt drei pro Monat. Ob das in der Zeit zu schaffen ist oder ob die Genehmigung verlängert werden muss - auch das ist ungewiss.

Warum müssen die Castoren überhaupt nach Ahaus?

Die Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager in Jülich lief 2013 aus – danach ordnete die NRW-Atomaufsicht die Räumung an, weil die Erdbebensicherheit des Lagers nicht nachgewiesen werden konnte.

Auf welcher Strecke rollen die nächsten

Atommüll-Behälter

von Jülich nach Ahaus?

Auch das lässt sich für die Zukunft nicht genau sagen. Beim gerade abgeschlossenen Transport hatte das Bundesverkehrsministerium einige Tage zuvor auf der "Digitalen Plattform Unbemannte Luftfahrt" (Dipul.de) eine Flugverbotszone für Drohnen veröffentlicht, die sich entlang der Autobahnen von Jülich nach Ahaus erstreckt. Daraus ließ sich die Route weitestgehend ableiten.

Die NRW-Grünen kritisieren, Innenminister Reul organisiert

Die an der Landesregierung beteiligten Grünen in NRW kritisierten die jetzt gestartete Castor-Transport-Serie. Sie sei das Ergebnis verfehlter bundespolitischer Entscheidungen. "Der Bund steht in der Verantwortung, endlich ein schlüssiges und belastbares Gesamtkonzept für die Zwischen- und Endlagerung von Atommüll vorzulegen", sagte die anti-atompolitische Sprecherin der Grünen-Landtagsfraktion, Norika Creuzmann. Dass sich die Suche nach einem geeigneten Standort für ein Endlager bis in die 2070er-Jahre ziehen könnte, lasse an der Ernsthaftigkeit der Bemühungen des Bundes zweifeln.

NRW-Innenminister Herbert Reul sagte am Mittwochmorgen im WDR-Interview, die alte Bundesregierung habe so entschieden. "Und dann hat die Polizei nur die Aufgabe, und das ist auch mein Job, dafür zu sorgen, dass alles sicher läuft."

Beim ersten Transport hätte die Polizei das "großartig gemacht". Aber auch die Demonstrierenden hätten

sich "ordentlich verhalten".

NRW-Innenminister Herbert Reul

Terrorismus und Sabotage spielten bei der Vorbereitung eine Rolle, waren aber nicht die Hauptsorge – eher Störaktionen entlang der Strecke. Die Polizei überprüfte im Vorfeld Hinweise auf mögliche Anschläge, sicherte über 200 Brückenbauwerke und setzte Hubschrauber ein, die auf mögliche Gefahrenstellen hinweisen konnten. "Das waren 170 Kilometer, die kann man ja nicht lückenlos überwachen. Das ist schon eine Riesenaufgabe", sagte Reul dem WDR.

Atomkraftgegner

kämpften vor Gericht gegen Transport

Der nun angelaufenen Transport-Serie waren mehrere Gerichtsentscheidungen und eine Infoveranstaltung für die Bürger in Ahaus vorausgegangen. Anfang März entschied das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in einer Eilentscheidung, dass die Transporte stattfinden dürfen. Die Umweltorganisation BUND hatte den Transport auf dem Gerichtsweg verhindern wollen. Ihre Begründung: Die Sicherheit der Castoren sei bei der Fahrt über die Straßen in Nordrhein-Westfalen gegen Störmaßnahmen Dritter nicht gewährleistet.

Unsere Quellen: WDR-Reporter vor Ort WDR-Interview mit NRW-Innenminister Herbert Reul
Nachrichtenagentur dpa

Sendung: WDR 5, Morgenecho, 25.03.2026, 8:05 Uhr
